

Staat und Recht im Imperialismus

Das antidemokratische "Demokratie-Konzept" der Reagan-Administration

Prof. Dr. sc. KARL-HEINZ RÖDER, stellv. Direktor
des Instituts für Theorie des Staates und des Rechts
der Akademie der Wissenschaften der DDR

Seit seiner Entstehung hat der Imperialismus stets große Anstrengungen unternommen, um seine aggressive und antidemokratische Politik unter dem Deckmantel des Streites für „Freiheit und Demokratie“ zu verbergen. Heute ist die Manipulierung und Irreführung der Volksmassen in dieser Frage ein direkter Bestandteil der imperialistischen Konfrontations- und Globalstrategie, wie sie insbesondere von den aggressivsten Kreisen des USA-Imperialismus betrieben wird. So war jeder Schritt, den die Reagan-Administration bei der Konzipierung und Praktizierung dieser Strategie gegangen ist, von einer bisher nicht dagewesenen Flut von Programmen und Aktivitäten zur angeblichen Verteidigung der „Ideale und Werte der Demokratie“ begleitet.

Aus jüngster Zeit ist hier die Gründung der „Nationalen Stiftung für Demokratie“ im Dezember 1983 zu nennen, die unter der Schirmherrschaft Reagans steht und der Vertreter der Nationalkomitees der Demokratischen und der Republikanischen Partei, Kongreßabgeordnete, Konzernvertreter, Gewerkschaftsführer und Vertreter anderer nichtstaatlicher Organisationen angehören.¹

Die Gründung dieser Stiftung ist das vorläufig letzte Glied einer Kette, die ihren Anfang in der berühmten antikommunistischen Rede Reagans im Londoner Parlament am 8. Juni 1982 nahm. In jener Rede hatte Reagan zu einem „Kreuzzug für die Freiheit“ aufgerufen und ein Programm der weltweiten Förderung von „Freiheit und Demokratie“ angekündigt, „das den Marxismus-Leninismus auf dem Aschehaufen der Geschichte zurückläßt“.²

Es folgte die Konferenz des USA-Außenministeriums vom 18. Oktober 1982 zum Thema „Demokratisierung der kommunistischen Länder“. Hier wurde unter der heuchlerischen Losung, den Wunsch der Bevölkerung der sozialistischen Länder nach Freiheit und Demokratie zu fördern, die offene ideologische Diversion und Einnischung in die inneren Entwicklungsprozesse der sozialistischen Länder zur offiziellen Regierungspolitik erklärt.³

Schließlich wurde im Frühjahr 1983 das „Projekt Demokratie“ aus der Taufe gehoben⁴, das speziell darauf gerichtet ist, mit ideologischen Mitteln und gestützt auf nicht geringe Finanzmittel (1984 stehen diesem „Projekt“ 65 Millionen Dollar zur Verfügung), sowohl in den kapitalistischen Industrieländern als auch in Entwicklungsländern eine Fraktion innerhalb des Kapitals, der bürgerlichen Parteien und Verbände, der Massenmedien und im Bereich von Wissenschaft und Kultur zu schaffen, die die aggressive Politik des USA-Imperialismus in den jeweiligen Ländern unterstützt.

Die „Nationale Stiftung für Demokratie“ soll alle in diese Richtung gehenden Aktivitäten — die beabsichtigte ideologische Diversion in den sozialistischen Ländern wie die Unterstützung der USA-Hochrüstungs- und Konfrontationspolitik durch die kapitalistischen Industrieländer und Entwicklungsländer — lenken und koordinieren. Die Gründung dieser Stiftung ist natürlich auch ein Versuch, in den USA selbst eine möglichst breite innenpolitische Unterstützung für die Politik der Reagan-Administration zu schaffen.

Das „Demokratie“-Konzept der gegenwärtigen USA-Regierung, insbesondere das „Projekt Demokratie“, hat folgende Hauptrichtungen:

Erstens die Unterweisung ausländischer Politiker in der „Theorie und Praxis der Demokratie“ mit dem Ziel, eine an den Interessen des USA-Monopolkapitals orientierte Führungselite zu schaffen. Dazu sollen „Trainingskurse“ und

„Lehrgänge für Demokratie“ sowie Konferenzen und Seminare über die „Ideale und Werte demokratischer Gesellschaften“ durchgeführt und die „Vorzüge“ des politischen Systems der USA, insbesondere der pluralistischen Demokratie, dargelegt werden.

Zweitens die Verstärkung der Einflußnahme auf diejenigen ausländischen Parteien, Verbände, Medien und andere Einrichtungen, die bereit sind, in ihren Ländern „demokratische Entwicklungen in Übereinstimmung mit den nationalen Interessen der USA“ zu fördern. Auf diese Weise sollen u. a. „demokratische Wahlprozesse im Ausland durch rechtzeitige Maßnahmen in Zusammenarbeit mit einheimischen demokratischen Kräften“ in einer den Interessen der USA dienenden Weise „gefördert“ werden.

Drittens die Nutzung der „Bildungs- und Erziehungssysteme anderer Länder“, um die „Ideale und Werte der Demokratie“ und der „freiheitlichen Lebensweise“ der USA zu verbreiten. Dem gleichen Ziel dient eine breit angelegte Auslandspropaganda in Gestalt von Rundfunk- und Fernsehsendungen, Buch- und Zeitschriftenversand usw.

Viertens die Schaffung eines „internationalen Netzwerks“ persönlicher und institutioneller Verbindungen, mit dessen Hilfe die Politik sowie das politische und gesellschaftliche System der USA weltweite Unterstützung finden sollen.

Unter dem Vorwand, dem „kommunistischen Weltherrschaftsstreben“ eine „demokratische Alternative“ und der „kommunistischen Gewaltherrschaft“ die „Ideale und Werte der Demokratie“ entgegenzustellen, wird hier versucht, den Hegemonieanspruch der USA durchzusetzen. Ebenso wie die Lüge von der „Bedrohung aus dem Osten“ wird die Lüge vom „kommunistischen Weltherrschaftsstreben“ benutzt, um die Volksmassen des eigenen Landes wie anderer Länder irrezuführen und für die Realisierung der Kriegspolitik gefügig zu machen.

Warum bedienen sich die aggressivsten imperialistischen Kräfte der USA zur Rechtfertigung ihrer Hochrüstungs- und Konfrontationsstrategie gerade des „Projekts Demokratie“? Das ist vor allem ein Ausdruck ihrer Reaktion auf das weltweite Streben der Volksmassen nach Demokratie und Selbstbestimmung, das heute ein ganz bedeutender Faktor des revolutionären Weltprozesses ist. Dieses Streben der Volksmassen nach Demokratie und Selbstbestimmung ist in seinem Wesen gegen den Imperialismus gerichtet. Denn: Der Kampf gegen Krieg, Faschismus und Militarismus, gegen Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit, gegen geistige Manipulierung und moralische Zerrüttung ist zugleich Kampf um elementare demokratische Rechte der Massen und Selbstbestimmung des Volkes. Und dieser Kampf weitet sich heute in allen Regionen der Welt mehr und mehr aus.

Dieser weltweite Kampf für demokratische Rechte und Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker hat objektiv ein wichtiges Fundament in der Existenz, Entwicklung und ständigen weiteren Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie. Sie ist eine der schärfsten Herausforderungen für das kapitalistische System und vor allem für die Herrschaft der Monopole, die sich hinter der bürgerlichen Demokratie verbirgt.

Historisch gesehen ist der Imperialismus in der Frage der Demokratie ebenso in der Defensive wie in anderen Fragen. Aber er findet sich damit nicht ab, will in die Offensive kom-

¹ Wireless Bulletin from Washington (Hrsg. United States Information Service, Embassy of the U. S. A., Bonn) vom 19. Dezember 1983. Vgl. dazu B. Koch, „Gründung einer USA-Stiftung zur Koordinierung der ideologischen Kreuzzugsaktivitäten“, IPW-Berichte 1984, Heft 6, S. 43 f.

² Wireless Bulletin ... vom 9. Juni 1982.

³ Wireless Bulletin vom 19. Oktober 1982. Vgl. dazu B. Koch, „Konferenz über ‚Demokratisierung kommunistischer Länder‘ im USA-Außenministerium“, IPW-Berichte 1983, Heft 2, S. 29 ff.

⁴ Vgl.: A Brief Summary: What is Project Democracy? (Hrsg. American Political Foundation), Washington D. C. 1983. Vgl. dazu B. Koch, „Das Programm für ‚Demokratie‘ — Ideologisches Instrument im Weltherrschaftsstreben der USA“, IPW-Berichte 1983, Heft 8, S. 47 ff.; G. Grasnack, „Reagans Project Democracy gegen die Friedenskräfte“, IPW-Berichte 1983, Heft 11, S. 35 ff.